



Protokollauszug der Gemeinderatssitzung Nr. 02 vom 24. Februar 2022

- **Ausserordentliche GV VSEG vom 10. März zur kantonalen Steuerinitiative "Jetzt si mir draa": Information, Diskussion und Beschluss z.H. GV**

Die Volksinitiative mit dem Titel «Jetzt si mir draa», für eine Senkung der Steuern für mittlere und tiefe Einkommen ist in Form einer Anregung am 28. November 2019 fristgerecht eingereicht worden und mit 3'264 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen. Sie lautet: «Die Tarifstufen für die Einkommenssteuern werden so angepasst, dass spätestens ab der Steuerperiode 2023 die Steuerbelastung für alle Steuerpflichtigen im Maximum 120 Prozent des Durchschnitts der Steuerbelastung aller Schweizer Kantone beträgt und spätestens ab der Steuerperiode 2030 im Maximum 100 Prozent. Die Tarifstufen (§ 44 des Steuergesetzes), die allgemeinen Abzüge (§ 41 des Steuergesetzes) und die Sozialabzüge (§ 43 des Steuergesetzes) werden ab der Steuerperiode 2023 bei jedem Anstieg der Teuerung angepasst.»

Der Kantonsrat hat am 2. September 2020 der Volksinitiative zwar zugestimmt, aber die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags verlangt. Der Gegenvorschlag soll zu einer spürbaren Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen führen, ohne aber den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden übermässig zu belasten. Zudem sollen die Steuerabzüge überprüft und die Katasterschätzung revidiert werden. Der Regierungsrat unterbreitet nun dem Kantonsrat die beiliegende Vorlage mit dem ausgearbeiteten Initiativtext sowie auch den Gegenvorschlag zur Behandlung. Die genauen Inhalte zur Initiative und zum Gegenvorschlag können der beiliegenden Vorlage inkl. Anhängen entnommen werden.

Der VSEG-Vorstand hat sich intensiv mit diesem Geschäft befasst, geht es doch hierbei wiederum um eine Vorlage, die gewisse Gemeindeexistenzen gefährden kann. Der VSEG-Vorstand hat sich im Rahmen der durchgeführten Vernehmlassung bereits einstimmig vor allem gegen die Initiative, aber grossmehrheitlich auch gegen den regierungsamtlichen Gegenvorschlag ausgesprochen. Dies vor allem deswegen, da der Steuerertragsausfall mit der Initiative für die Gemeinden rund 51.3 Mio. Franken bzw. 135 Mio. Franken (Schweizer Durchschnitt) und mit dem Gegenvorschlag schätzungsweise bereinigt 28.7 Mio. Franken betragen würde. Die kantonalen Ausfälle sind deutlich geringer, da diese durch die Reduktion des Pendlerabzugs als auch durch die voraussichtliche Erhöhung der Katasterwerte und damit einhergehenden zusätzlichen Einnahmen teilkompensiert werden.

Mit diesem weiteren langfristigen gravierenden Steuerertragsausfall, ob mit Initiative oder Gegenvorschlag, kann der aktuelle Leistungsstandard in den Gemeinden (Bildung, Soziales, Alter) nicht mehr aufrechterhalten werden. Folge daraus ist, dass die Gemeinden die Steuern erhöhen müssten und die in Aussicht gestellte Entlastung der mittleren und tiefen Einkommen wieder eliminiert würde. Der VSEG-Vorstand ist weiter der Meinung, dass mit dieser Initiative und dem Gegenvorschlag so oder so ein falsches Zeichen bezüglich Steuerkraft im Kanton Solothurn gesetzt wird. Es ist kaum anzunehmen, dass mit diesen Steuersenkungsabsichten die Steuerkraft nachhaltig im Kanton und in den Gemeinden gestärkt werden kann (gute Steuerzahler sind mobil und ziehen weg). Aus Sicht des VSEG-Vorstandes sind diese beiden Vorlagen der falsche Weg, den Kanton Solothurn mit seinen 107 Einwohnergemeinden strukturell und finanziell zu stärken.

An der a.o. Generalversammlung vom 10. März 2022 soll nach der Präsentation von Initiative und Gegenvorschlag die VSEG-Parole für die Abstimmung im März gefasst werden. Christoph Siegel wird als Delegierter von Balm an der GV teilnehmen.

Nach kurzer Diskussion und der Wortmeldung der Gemeinderäte ist klar, dass unsere Gemeinde die Initiative und den Gegenvorschlag ablehnen wird.

Beschluss GR: Der Gemeinderat folgt dem Vorstand und lehnt die Initiative sowie den Gegenvorschlag ab.

- **Delegiertenversammlung repla vom 28. März 2022: Information, Diskussion und Beschluss z.H. DV**

Am 28. März findet in Zuchwil die ordentliche Delegiertenversammlung der Regionalplanungsgruppe repla espace Solothurn statt. Die Traktandenliste ist im Jahresbericht S. 4 abgedruckt. Neben den obligaten Traktanden liegt auch ein Projektantrag "Grundlagen für kommunale Energieplanung (Wärmeversorgung)" vor. Als Delegierter wird Sascha Valli die Gemeinde Balm vertreten und im Folgenden den Projektantrag erläutern.

Der Antrag für das neue Projekt in Richtung Wärmeversorgung und Energieausbau ist aus Sicht von Sascha Valli ein guter Ansatz. Hier kann die Behörde zu einem weiteren Wissenstand gelangen, wer wie viel mit Öl heizt und wer noch mehr Solarzellen auf dem Dach installieren könnte. Es könnten auch die Kosten und der Energieverbrauch pro Haushalt angezeigt werden. Die Kosten für das neue Projekt betragen ca. CHF 101'000.-, davon wird der Kanton CHF 50'000.- mitfinanzieren. So werden für die repla ca. CHF 51'000.- an Initialkosten anfallen und auf die Mitgliedsgemeinden verteilt. Sascha Valli stört sich nur am Umstand, dass weitere jährliche Gebühren für die Nutzung dieses Tool anfallen werden. Für unsere kleine Gemeinde wird es deshalb wohl kaum Sinn machen, dieses Tool künftig zu nutzen. Sascha Valli wird an der DV teilnehmen und dem Projektvorschlag zustimmen.

Beschluss GR: Der Gemeinderat stimmt dem Projektvorschlag einstimmig zu.

- **Delegiertenversammlung ZAUL vom 16. März 2022: Information, Diskussion und Beschluss z.H. DV**

Am 16. März findet die Delegiertenversammlung des ZAUL statt. Da erst diesen Dienstag, 22.02.22 die Rechnung 2021 durch den Vorstand verabschiedet wurde, ist die Einladung mit allen Unterlagen zur DV erst heute Nachmittag eingetroffen. Vorab mit den Sitzungsunterlagen verteilt wurde deshalb nur der Abschluss 2021 in der Version, wie er dem Vorstand zugestellt wurde. Inzwischen liegen die Unterlagen vollständig vor. Am Rechnungsabschluss (Version vom 18.02.2022) z.H. DV hat sich allerdings nichts mehr geändert.

Zusammenfassend kann aus den Unterlagen festgestellt werden, dass die Rechnung 2021

- bei Betrieb und Unterhalt gemäss Budget abschliesst (-0.5%), eine Punktlandung,
- bei den Investitionen die letzte Tranche Sanierung Sammelkanal mit -38% gegenüber Budget vorzeitig abgeschlossen werden kann und die Photovoltaikanlage mit einer Budgetunterschreitung von 44% realisiert werden konnte.

Der Beitrag Balm b. G. beträgt CHF 21'818.45 beim Unterhalt und bei den Investitionen per 2021 CHF 2'631.95. Christoph Siegel wird als Delegierter von Balm an der DV teilnehmen.

Beschluss GR: Der Gemeinderat stimmt der Rechnung 2021 einstimmig z.H. der DV zu.

- **Informationsrunde Ressortverantwortliche / Delegierte**

Werke:

- Am 1. März findet die Baustartsitzung zum Neubau Wasserleitung Balmweid 10 – 14 statt. Die Bauphase ist vom 7. bis 25. März eingeplant.

- Für den seit langem pendenten Belagsersatz (Auftrag wurde am 15.03.2019 erteilt) Balmweid 16 – 36 wurde vom beauftragten Bauunternehmen Niklaus der Ausführungstermin 19. bis 29. April bestätigt. Für diese Bauprojekte wird noch eine Anwohnerinformation (Flyer) verteilt.
- Vom AWA hat die Gemeinde einen Brief zur Anhörung der Netzgebietsneuzuteilung (Übertragung der Netzebenen 3, 5 und 7 von der AEK an die BKW) erhalten. Keine Rückmeldung bedeutet Zustimmung.

Thomas Müller:

- Wasserversorgung: Im neuen Tool für Selbstkontrolle und Instandhaltung (AquaPilot), welches für alle Primäranlagen der GWUL aufgesetzt wurde, sind die Primäranlagen von Balm zusammen mit Herrn Schläfli von der GWUL aufgenommen worden. Im Tool wird nun alles abgebildet wie z.B. Wartung, Reinigung, Störungen etc.
- Der Luftreiniger ist noch nicht geliefert worden, wird aber sobald er eintrifft im Chutzestübli installiert.

Sascha Valli:

- GSU: Die Sekretärin Sara Gimmel hat gekündigt. Die Stelle wird nun neu ausgeschrieben. Die laufende Rechnung fiel besser aus als die letztjährige Rechnung. Da es viele Neuzuzüger hat, müssen zusätzliche Klassen eröffnet und neue Lehrkräfte gesucht werden. Die GSU hat eine Anfrage erhalten für Beitragszahlungen an den Harfenunterricht in Solothurn, da die Musikschule selber keinen Harfenunterricht anbietet. Die GSU unterstützt die Anfrage. Die Mehrkosten müssten die Eltern für diesen Musikunterricht übernehmen. Es gibt verschiedene Kündigungen und Neuanstellungen; zurzeit muss ein Musiklehrer gesucht werden.